

Resolution und Beschluss der Generalversammlung des VPOD Zürich Kanton vom 20. April 2016

Gesundpflegen statt kaputtsparen!

Die Generalversammlung des VPOD Zürich Kanton hat am 20. April die vom Regierungsrat des Kantons Zürich vorgelegten Abbaumassnahmen im Rahmen der „Leistungsüberprüfung 2016“ diskutiert und folgende Resolution beschlossen:

Trotz positivem Jahresabschluss 2015 und einem mit 1.351 Milliarden Franken positiven mittelfristigen Ausgleich 2008-2015 will der Regierungsrat den Rotstift ansetzen. Gemäss Regierungsrat drohe in der Finanzplanung 2016-2019 aber ein Loch von 1,8 Milliarden Franken. Der Regierungsrat setzt deshalb den Rotstift an und will jährlich rund 650 Millionen Franken aus dem Budget streichen. Betroffen sind vor allem die Bereiche Bildung, Gesundheit und öffentlicher Regionalverkehr – und die Angestellten des Kantons.

Seit Jahren bleibt die Lohnentwicklung der Kantonsangestellten hinter der Privatwirtschaft und anderen Vergleichsgrössen zurück. Jahr für Jahr werden die Angestellten mit Nullrunden abgespiessen und nun stellt der Regierungsrat sogar einen massiven Reallohnverlust in Aussicht: Die Lohnsumme soll um jährlich 0,2 Prozent gesenkt werden und Einmalzulagen sollen der Vergangenheit angehören, respektive allenfalls über Rotationsgewinne und innerhalb des Budgets gedeckt werden. Damit spart der Kanton bis 2017 81,7 Millionen Franken auf Kosten des Personals. **Die Kantonsangestellten sollen 5 Prozent des ganzen Massnahmenpakets finanzieren.** Gleichzeitig werden die Angestellten des Kantons und kantonaler Betriebe wie der Universität oder dem Universitätsspital ab 1.1.2017 mit deutlich höheren Lohnabzügen für die Pensionskasse BVK konfrontiert sein. **Unter dem Strich droht ein massiver Lohnabbau.**

Die Generalversammlung des VPOD Zürich Kanton hält fest:

Die Finanzen des Kantons Zürich sind solid und gesund. Auf Grundlage eines budgetierten Defizits vorseilend den Rotstift anzusetzen, ist falsch und kontraproduktiv.

Der Regierungsrat präsentiert ein Sparprogramm, das vor allem auf Kosten des Personals und der sozial Schwächsten geht.

Für den VPOD ist klar, dass wir Abbaumassnahmen, die auf Kosten der Versorgung und des Personals gehen, nicht akzeptieren. In den letzten Jahren wurden alleine bei den Kantonssteuern Geschenke an Reiche und Unternehmen von 1.25 Milliarden Franken pro Jahr gemacht. **Statt mit Sparmassnahmen die Versorgung der Bevölkerung infrage zu stellen und das Personal den Preis für die Steuergeschenke bezahlen zu lassen, müssen die Einnahmen dort wieder beschafft werden, wo die Geschenke verteilt wurden.**

Zürich, 20. April 2016